

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/228

Bonn, den 30. November 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| 1 - 2 | <u>Politiker - Gelehrter - Künstler</u> Zum 70. Geburtstag von Carlo Schmid Von Dr. Georg August Zinn, Ministerpräsident von Hessen | 62 |
| 3 - 4 | <u>Ein gesamtdeutsches Anliegen (I)</u> Zonenrand erwartet mehr von der neuen Regierung Von Klaus Rusticus | 100 |
| 5 - 5a | <u>Der erste Reichswehrminister der Republik</u> Zum 20. Todestag von Gustav Noske | 70 |
| 5 - 7 | <u>Das wahre Gesicht der griechischen Rechten</u> Der griechische Hamlet: Kanellopoulos Von Dr. Basil P. Mathiopoulos | 95 |

Politiker - Gelehrter - Künstler

Zum 70. Geburtstag von Carlo Schmid

Von Dr. Georg-August Zinn,
Ministerpräsident von Hessen

Nun ist Carlo Schmid am 3. Dezember 70 Jahre alt. Bei seinem lebenswürdigem Humor, bei dem Elan, den er ausstrahlt, ist es kein Wunder, daß wir ihn immer für jünger gehalten haben. Er hat viel innere Kraft und die glückliche Fähigkeit, sie nach außen zu übertragen. Das zählt mehr als die Jahre. Unser Geburtstagsglückwunsch für ihn kommt aus dankbarem Herzen und aufrichtiger Freundschaft.

Seine Persönlichkeit aus diesem Anlaß zu würdigen, das ist eine Aufgabe, über die man sich freut. Und dennoch gerät man sofort ins Stocken. Wo anfangen? Carlo Schmid, dieser so zeitgemäße Denker, scheint in die Kategorie der Renaissance-Menschen zu gehören, deren eigenes Leben ein unnachahmliches Kunstwerk ist, das sich der raschen Beschreibung entzieht. Er gehört sicherlich einer Spezies an, die heute selten ist und die es aber eigentlich immer war: Politiker, Gelehrter und Künstler in einer Person, zugleich aber bedeutend auf jedem dieser Gebiete - mit allen Qualitäten des Staatsmannes, ein herausragender Lehrer, ein schöpferischer Geist.

Vor nunmehr fast zwei Jahrzehnten schon hat er an der Ausarbeitung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland mitgewirkt. Dieser Verfassungstext trägt charakteristische Zeichen seines staatsrechtlichen Denkens und seines politischen Wollens.

Sein politisches Wollen wird von den Gedanken der sozialen Demokratie bestimmt. Die Sozialdemokratische Partei hat ihn schon als jungen Menschen angezogen. Als reifer Mann ist er einer ihrer glanzvollsten Vertreter geworden und hat ihr sehr zu Ansehen und Verständnis in Bevölkerungsschichten verholfen, die ihr dereinst mit Skepsis gegenüberstanden. Er ist in dieser Partei einer der frühesten Vorkämpfer für ihre Modernisierung geworden.

Auf diesem wie auf jedem anderen Felde hat er jenen Sinn für Maß bewiesen, den er von seiner klassischen Bildung und seiner medi-

terranen Geburtsstätte her sozusagen von Haus mitbekommen hat. Als Vizepräsident der höchsten Instanz im Staate, des Bundesparlaments, wirkt er stilbildend.

Ich glaube, daß sich Carlo Schmid bei allem, was er denkt und tut, von dem Gedanken der "Vermenschlichung der Macht" leiten läßt. Es scheint dazu in einem Gegensatz zu stehen, daß er eine Vorliebe für den großen Florentiner Niccolo Macchiavelli hat. Aber nein, Carlo Schmid hat - in mehreren gewichtigen Publikationen - an Macchiavellis Modell die Dämonie der Macht studiert und hat dabei ein Bild dieses Staatsdenkers gegeben, das von höchsten literarischen Qualitäten ist. Gedanktiefe ist an sich schon wirksam, wenigstens auf längere Sicht hin, aber die vollendete Form erhöht die Aussagekraft und die Wirklichkeit. Wenn man so will: Bei Carlo Schmid vermenschlicht künstlerische Gefälligkeit selbst noch die Macht des Gedankens. Jeder, der ihn reden gehört hat, wird mir darin beistimmen.

Diese spezifische Art Carlo Schmid's aber kommt der Demokratie zugute. Denn "Politik", wie er einmal gesagt hat, "geschieht nicht auf dem Reißbrett". Sie geschieht an Menschen und in Menschen. Der Mensch aber wird durch den Menschen bestimmt - weit eher jedenfalls als durch die bloße Idee, die immer notgedrungen abstrakt bleibt und zu der nicht jeder hindurchdringt. Carlo Schmid führt Menschen zur Demokratie.

Auf einen großen Teil der Bildungsschichten in unserem Volk hat dieser freie Geist befreiend gewirkt. In dem reservierten Verhältnis dieser Schichten zur Politik versteckte sich ja wohl auch noch ein Rudiment des überkommenen Untertanengeistes.

Man darf wohl alle seine Leistungen auf den verschiedensten Gebieten in einem Worte so zusammenfassen: Carlo Schmid ist ein großer Erzieher.

Carlo Schmid führt Menschen zur Sozialdemokratie und damit zur Demokratie. Unsere Partei sagt ihm Dank und hofft, daß er ihr mit Wort und Schrift und Tat noch lange Zeit zur Seite stehen wird.

Ein gesamtdeutsches Anliegen (I)

Zonenrand erwartet mehr von der neuen Regierung

Von Klaus Rusticus

Seit über 20 Jahren wird eine traditionell geschlossene Kulturlandschaft durch die 138 Kilometer lange Zonengrenze gespalten. Von erstem Jahr an bis zum heutigen Tage entstanden in den etwa 40 km breiten Streifen entlang der Demarkationslinie immer mehr notleidende Gebiete. Trotz Förderungsmaßnahmen gelang es bisher nicht, das heute bestehende soziale "Ost-West-Gefälle" in der Bundesrepublik zu beseitigen. Gerade jetzt, da es deutlicher denn je geworden ist, daß der Zonenrand mehr als andere Teile der Bundesrepublik unter der Konjunkturflaute leidet, erwartet die Zonenrandbevölkerung von einer neuen Regierung mehr Impulse und gezielte Hilfsmaßnahmen.

Die Voraussetzungen sind wesentlich andere...

Der Vorsitzende des Gesamtdeutschen Ausschusses des Bundestags, Herbert Wehner (SPD), erklärte wiederholt, daß für Förderungsmaßnahmen des Zonenrands wesentlich andere Voraussetzungen gelten müssen. Wehner unterstrich vor allem immer wieder das Politikum, das Ursache und Wirkung gezielter Zonenrandmaßnahmen bestimmen muß.

Die niedersächsische Landesregierung (SPD/CDU-Koalition) nahm keinen anderen Standpunkt ein. Sie hielt es für eine vorrangige politische Konzeption, "die Verhältnisse im Zonenrandgebiet so zu gestalten, daß hier die gleichen Lebensbedingungen wie in der übrigen Bundesrepublik bestehen".

Das von einem CDU-Minister geleitete Wirtschaftsministerium erblickt eine primäre Aufgabe darin, "Abwanderungen von Menschen aus dem Zonenrand auf jeden Fall zu verhindern". Das Ministerium hält "die politischen und psychologischen Voraussetzungen für die Wiedervereinigung" nur für gegeben, wenn "dem Zonenrandgebiet eine tatkräftige und lebensfähige Bevölkerung erhalten bleibt".

Die Wirklichkeit sieht anders aus...

Niedersachsen zwingt sich immer wieder als Beispiel für die Zonenrandpolitik auf, weil auf dieses Bundesland ca. 40 Prozent der Zonengrenze entfallen und gut ein Drittel der Bevölkerung des Landes im Zonenrand lebt. Von dieser Tatsache leitet die Regierung in Hannover auch nicht allein die wirtschaftspolitischen, sondern vor allem die staatspolitischen und gesamtdeutschen Aufgaben für den 40 km breiten Randstreifen ab. Schon vor dieser erst jüngst wieder aktualisierten Konzeption der Regierung in Hannover ist die sachliche Feststellung abzuleiten, daß die bisherige Bundesregierung nicht das eigentliche gesamtdeutsche und staatspolitische Problem erkannt hatte.

Im Zonenrand herrscht heute keine Panikstimmung. Städte und Landkreise entlang der widernatürlichen Grenze sind aber von großer Sorge erfüllt. Denn die andauernde Konjunkturflaute fordert hier mehr Tribut als anderswo.

Im zweiten Halbjahr 1966 wurde es kritischer

Der Verlust auch nur eines Arbeitsplatzes ist im Zonenrandgebiet arbeitsmarktpolitisch härter als in hochindustrialisierten Teilen der Bundesrepublik. In Niedersachsen gibt es ausschließlich industrielle Schwerpunkte. Nagt das fallende Konjunkturbarometer an ihrer Substanz, ist die Existenz der Unternehmungen schneller gefährdet.

Die niedersächsische Wirtschaft beschäftigte im Schnitt des ersten Halbjahres 1966 mehr als 750 000 Menschen. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Beschäftigtenzahl um mehr als 1 200. Im zweiten

Halbjahr verlief die Entwicklung - besonders im südöstlichen Niedersachsen kritischer.

Industrielle Schwerpunkte sind hier Braunschweig, Wolfsburg mit VW-Werk, Salzgitter als Hütten- und Erzzentrum und Helmstedt mit der Braunkohle. Während sich hier die Zahl der freigestellten Arbeitskräfte im ersten Halbjahr 1966 fast genau mit dem insgesamt in Niedersachsen fälligen Personalrückgang deckte, sah sich z.B. die bundeseigene Salzgitter-Hütte (12 000 Mann) gezwungen, sich bis zum Jahresultimo von ca. 400 Kräften zu trennen und außerdem zur Vermeidung von Kurzarbeit für die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr einen geschlossenen Betriebsurlaub einzulegen.

Das Beispiel Salzgitter ist symptomatisch für andere Städte, z.B. Wolfsburg mit der ziemlich einseitigen Strukturierung auf die Autoproduktion oder Helmstedt mit der überwiegenden Orientierung nach der Braunkohle. Die bundeseigene Salzgitter AG (ca. 90 000), deren Entwicklung wesentlich durch ihre Unterkapitalisierung beeinflusst wird, beschäftigt allein 35 000 Bürger der Stadt Salzgitter. Nur ein weiteres Familienmitglied auf den Kopf des Ernährers gerechnet, bedeutet dies, daß ca. 60 Prozent aller Bürger auf Gedeih und Verderb mit diesem Unternehmen verbunden sind.

Stimmen zur gegenwärtigen Lage

Hans-Jürgen Junghans, MdB (SPD), Vorsitzender des Bundesvermögensausschusses des Bundestags: "Zonenrandbetriebe müssen besser an der öffentlichen Auftragsvergabe beteiligt werden. Der Zonenrand braucht außerdem mehr ERP-Mittel und eine klare Infrastruktur."

Otto Bennemann, niedersächsischer Innenminister (SPD): "Der Bund muß dafür sorgen, daß die Struktur im Zonenrand, besonders dort, wo sie von der Schwerindustrie abhängt, gesund bleibt."

Dr. Willy Thiele, Regierungspräsident im südöstlichen Niedersachsen: "Von einer Wirtschaftskrise im Zonenrand kann keine Rede sein, aber die ganze Lage ist doch hier weit angespannter."

Fortschritte wurden erzielt...

Gewiß wurden - dank der gezielten Anstrengungen der Regierungen der Länder und auch mit Hilfe des Bundes - im Zonenrandgebiet z.Z. beachtliche Fortschritte erzielt, aber diese vollzogen sich in erster Linie in Schwerpunktgebieten. So erhöhte sich zwar die Industriedichte von 1950 bis 1965 von 76 auf 139 Industriebeschäftigte je 1 000 Bewohner im niedersächsischen Zonenrand, doch wie besorgniserregend differenziert die Beschäftigungslage sein kann, wird am Beispiel des Landkreises Lachow-Bannenberg deutlich: Im gleichen Zeitraum stieg hier die Industriedichte von 13 auf 38 Beschäftigte je 1 000 (Bundesdurchschnitt 1965 = 143 Industriebeschäftigte je 1 000 Einwohner). In diesen 15 Jahren verringerte sich die Bevölkerung in diesem Kreis um ca. 30 Prozent. Solche Gegensätze wiederholen sich, wenn auch nicht überall so krass.

Die Produktion stagniert...

Es ist eine Tatsache, daß die Produktion nicht nur im Zonenrandgebiet stagniert. Dort aber - im Schatten jenes von Ulbricht gezogenen Todesstreifens - beschwört eine konjunkturelle Stagnation viel schneller und - in den Auswirkungen - viel härter eine Krise herauf. Durch das Ost-West-Gefälle und schließlich auch durch die Randlage in der EWG muß der westdeutsche Zonenrand mehr Kosten tragen. Das erhöht seine Krisenanfälligkeit in Zeiten einer Konjunkturflaute noch mehr und unterstreicht die Erwartung der Zonenrandwirtschaft, die sie in eine neue Bundesregierung setzt, noch um ein bedeutendes Maß. (Fortsetzung folgt)

Der erste Reichswehrminister der Republik

Zum 20. Todestag von Gustav Noske

H.H. - In dem vierbändigen Taschenbuch "Geschichte in Gestalten" heißt es über Gustav Noske, den ersten Reichswehrminister der Weimarer Republik: Er "gehörte zu den kräftigsten und zugleich umstrittensten Persönlichkeiten seiner Zeit". Beide Superlative haben ihre Richtigkeit. Gleich Friedrich Ebert, dem ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, und drei Jahre älter als dieser, war er als Sozialdemokrat weniger Ideologe als Pragmatiker. Als 1918 die Stunde für die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Sozialdemokratie schlug, war er innerlich vorbereitet, Verantwortung zu übernehmen. Nicht die Durchsetzung revolutionärer Ideen, sondern die Bewährung im weniger glanzvollen Alltag war seine Maxime.

Als der 50-jährige Reichstagsabgeordnete und Marine-Fachmann seiner Partei am 4. November 1918 von Prinz Max von Baden, dem letzten Reichskanzler der Monarchie, nach Kiel entsandt wurde, stand er vor der ersten schweren Aufgabe seines Lebens. In Kiel war unter den Matrosen eine Revolte ausgebrochen, Noske sollte für Ordnung sorgen. Mit dem stolzen Titel eines Gouverneurs ausgestattet gelang ihm dies so gut, daß Friedrich Ebert seinen Freund Noske Ende Dezember in den Rat der sechs Volksbeauftragten berief. Und wieder lautete die Forderung, die an ihn gestellt wurde, für Ordnung zu sorgen. Bevor am 19. Januar 1919 zur konstituierenden Nationalversammlung der soeben erst ausgerufenen Republik gewählt werden sollte, beherrschte in Berlin der äußerste linke Flügel in Demonstrationen die Straße, man ließ Karl Liebknecht hochleben und brüllte Friedrich Ebert nieder. Noske rät, daß nur mit Waffengewalt Ordnung geschaffen werden könne. Es werde nötig sein, einen Oberbefehlshaber zu ernennen, nach Möglichkeit solle es kein General sein, weil dies die demonstrierenden Arbeiter noch erboster machen würde. Also wird Noske vorgeschlagen, worauf er den inzwischen klassisch gewordenen Ausspruch tut: "Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht." Dieses Wort vom Bluthund, der Noske keineswegs wurde, schrien ihm nunmehr die aufgeputschten Massen immer wieder entgegen. Gleichzeitig aber schrieb Rathenau an einen Freund, daß "die Revolution nur einen neuen Mann hervorgebracht habe: Noske. Der schiene allerdings gut".

Das im Januar 1919 zwischen Noske, der als Korbmacher in Brandenburg an der Havel begonnen hatte, und der militärischen Autorität die den Ersten Weltkrieg überlebt hatte, abgeschlossene Bündnis hat der Republik das Leben gerettet und diesem Leben das gewohnte Maß an Ordnung wiederzugeben versucht. Aber dieses Bündnis hat seitdem nicht nur heftige Kritik sowohl der Zeitgenossen als auch der Historiker bis in unsere Tage ausgelöst. Es hat auch seine erste Bewährungsprobe nicht bestanden. Vielen Sozialdemokraten war es eine ungeheuerliche Vorstellung, daß das Militär nunmehr ein Bundesgenosse der neuen Republik sein sollte, ja, daß diese nur mit Hilfe des Militärs gesichert werden konnte. Schon deswegen war Noske Objekt heftiger Kritik. Dazu kam noch, daß Noske seinem eigenen Charme und seiner Popularität, seinem Vermögen, mit den Offizieren umgehen zu können, und seinem Vertrauen in die Loyalität des Offizierskorps gegenüber der Republik mehr Erfolg auf Dauer beimaß, als es in der Tat statthaft war.

Vielleicht kommt dieser Umstand am schärfsten in dem Bericht zum Ausdruck, der uns über die Nacht vom 12. zum 13. März 1920 von Friedrich Stampfer vorliegt. Allgemein erwartete man damals ein revolutionäres Ereignis seitens der Rechten in Zusammenspiel mit der Reichswehr, doch Noske versicherte seinen Freunden noch um Mitternacht, "es werde nichts passieren, wir sollten nur ruhig schlafen gehen". Am 13. März brach dann der Kapp-Putsch aus, Hauptakteur war neben Kapp General Freiherr Walther von Lüttwitz, ein Mann, dem Noske fest vertraut hatte.

Das Bündnis zwischen Noske und der Reichswehr hatte seine erste Bewährungsprobe nicht bestanden, Noske mußte seinen Rücktritt einreichen. Weder Ebert noch der preußische Ministerpräsident Otto Braun vermochten die Wogen in der eigenen Partei zu glätten. Bis 1933 war Gustav Noske hinfert Oberpräsident der Provinz Hannover. Am 30. November 1946 ist er hier im 79. Lebensjahr gestorben.

Den einzigen Reichswehr- oder Verteidigungsminister, den die Sozialdemokratie bis heute in Deutschland gestellt hat, war Gustav Noske. Er hatte es schwerer als all seine Nachfolger, denn in notvoller Stunde trat er sein Amt an. Noskes Scheitern ist ein Symptom mehr für das Scheitern der Weimarer Republik.

Das wahre Gesicht der griechischen Rechten

Der griechische Hamlet: Kanellopoulos

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Wohin treibt der ASPIDA-Prozeß? Diese Frage stellen sich nicht nur griechische politische Kreise, sondern auch ausländische Kommentatoren, die praktisch eine Anklage gegen das gesamte liberale Lager Griechenlands voraussehen, erhoben von den erzkonservativen Rivalen um die Macht im Staate. Der bisherige Verlauf des Prozesses vor dem ständigen Militärtribunal in Athen brachte als sensationellstes Ergebnis, daß als Führer der ASPIDA-Organisation nicht nur der Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten, Andreas Papandreou, anzusehen sei, wie bisher immer behauptet wurde, sondern auch der Koordinationsminister der heutigen Regierung Stefanopoulos, Mitsotakis. Einer der insgesamt 28 angeklagten Offiziere, Hauptmann Bouloukos, scheint im Jahre 1961 in eine andere Offiziersorganisation verwickelt gewesen zu sein, dessen Führer General Grivas war.

Grivas selbst stritt vor Gericht ab, von einer solchen Organisation Kenntnis gehabt zu haben. Tatsache aber ist, daß Hauptmann Bouloukos ein Freund des Generals war und auf dessen Anforderung hin nach Zypern versetzt wurde; später wurde er dann anscheinend in die ASPIDA-Verschwörung verwickelt. Im Zusammenhang mit dem Prozeß stellt sich die Frage, ob 28 Offiziere alleine einen Sturz der demokratischen Ordnung des Landes herbeiführen können, da es doch insgesamt 10 000 aktive Offiziere in der griechischen Armee gäbe, wie der Führer der Zentrumsunion erklärte. Darauf soll nun das Gericht eine Antwort finden und gleichzeitig eine Erklärung für die große politische Krise des vergangenen Sommers, die in Griechenland mit dem Bekanntwerden der ASPIDA-Affäre heraufbeschworen wurde. Anlaß für die rechtsradikalen Kreise, die Regierung Papandreou zu stürzen, war "eben der Wunsch, die Nation vor der Verschwörung zu bewahren". Verständlicherweise soll über diesen Punkt vollständige Klarheit geschaffen werden, um die Krise, die das Land in seinen Grundfesten erschütterte, überhaupt rechtfertigen zu können.

Als zweites Argument diente den Kreisen, die das Land dreißig Jahre lang unter den verschiedenen Staatsformen verwaltet und die Regierung der Zentrumsunion, die bei den letzten Wahlen 53 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen konnte, gestürzt hatten, die angeblich "katastrophale Lage", in die die sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung Papandreou Griechenland geführt haben sollen. Bezeichnenderweise tragen die Reformen Papandreous auf dem Agrar- und Erziehungssektor, wie auch zum Ende der Legislaturperiode vorgesehen, jetzt ihre ersten Früchte, mit dem Ergebnis, daß heute alle zuständigen Institutionen des In- und Auslandes unterstreichen, daß die Wirtschaftslage Griechenlands viel besser sei als zur Zeit der Regierung Karamenlis. Die Währung ist stabil, die Exporte steigen und die wirtschaftliche Zuwachsrate nimmt zu.

Im politischen Leben des Landes aber gewinnt der Kampf der "Diadochen Karamenlis" in der konservativen ERF-Partei immer mehr an Gewicht. Professor Kanellopoulos, der Führer der Partei, hat sich

in aller Öffentlichkeit auf recht geschickte Weise bemüht, jede außerparlamentarische Lösung der griechischen Regierungskrise zu verhindern. Als Folge davon wird er innerhalb seiner eigenen Reihen von extrem radikalen Elementen angegriffen. Die Presse, die seiner Partei nahesteht, stellt in den letzten Monaten in romanhafter Art und Weise immer wieder die Frage nach der Rückkehr des, im selbstgewählten Exil in Paris lebenden Karamanlis und betrachtet Kanellopoulos gewissermaßen als "Verwalter" der Partei. Es blieb aber nicht bei diesem Papierkrieg, sondern kam zum offenen Bruch zwischen den extremen Strömungen innerhalb der Partei und ihrer Führung. Man schätzt, daß von den 99 Abgeordneten der ERE immerhin etwa 60 zur Gefolgschaft Kanellopoulos' gehören, während die übrigen Karamanlis weiterhin als ihren Parteichef ansehen und von ihm auch Direktiven aus Paris erhalten.

Der Machtkampf innerhalb der Reihen der Rechten kann zu einer Regierungskrise in Griechenland führen. Die Regierung Stefanopoulos hatte in ihrem Programm die Änderung des Wahlsystems in ein einfaches Verhältniswahlsystem angekündigt. Der Führer der Zentrumsunion erklärte, ihn kümmere eine Änderung des Wahlrechtes wenig, da er unter allen verfassungsmäßig möglichen Wahlsystemen eine absolute Mehrheit für seine Partei erwarte, daher werde er im Parlament einer Änderung des Wahlsystems zustimmen; für ihn sei die Durchführung von Neuwahlen von erheblich größerer Wichtigkeit. Kanellopoulos hatte sich im Frühjahr öffentlich für die Wahlrechtsänderung eingesetzt, wie auch die extreme Linke immer für eine solche Änderung plädiert hatte. Es hätte sich unter normalen Umständen also eine überwiegende Mehrheit für einen Entwurf der Regierung gefunden. Als aber die Regierung Stefanopoulos Mitte voriger Woche dem Parlament einen solchen Entwurf vorlegte und erklärte, die Debatte darüber sollte in der nächsten Woche stattfinden, stellte sich die Fraktion der ERE in ihrer Mehrheit gegen diese Debatte und das neue Wahlsystem überhaupt.

Der Grund dafür ist nach Meinung politischer Beobachter in Athen deutlich: traditionsgemäß beginnt in Griechenland nach Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes der Wahlkampf fast automatisch. Und dieses möchte die Rechte in jeder Weise verhindern, trotz ihrer Behauptung, augenblicklich über eine Mehrheit im Lande zu verfügen. Nach Meinung derselben Kreise gibt es noch einen zweiten Grund, nämlich daß die Fraktion nicht dulden könne, daß die Opposition in bezug auf ein neues Gesetz dieselbe Haltung einnehme wie die Regierung. Kanellopoulos mußte sich diesmal der Mehrheit seiner Parteifreunde beugen und erklärte, die Regierung solle den Entwurf nicht zur Debatte stellen; tue sie es trotzdem, so müsse sie mit dem Ende der parlamentarischen Unterstützung seitens der ERE rechnen. Die heutige Regierung, die über eine eigene Fraktion von nur 46 Abgeordneten verfügt, ist auf die Unterstützung der konservativen ERE-Partei angewiesen. Die Frage ist nun, ob Stefanopoulos dieses Risiko in Kauf nehmen will und sein Programm in bezug auf die Wahlrechtsänderung trotzdem durchführen wird, oder ob er den Entwurf bis nach den Weihnachtsferien des Parlaments zurückstellen wird.